



Der Protest reißt nicht ab: Ilse Aigner mit Demonstranten, die am Montag vor dem Wirtschaftsministerium gegen Stromautobahnen aufbegehrten.

FOTO: HASE/DPA

## „Regieren sieht anders aus“

Wirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) legt sich am Ende des Energiedialogs nicht fest und verweist auf die Verantwortung des Bundes. Das trägt ihr massive Kritik von der Landtagsopposition ein

VON F. KOTTEDEK, F. MÜLLER  
UND C. SEBALD

**München** – Die Landtagsopposition ist sich einig: Mit ihrem Schlusswort zum Energiedialog hat Wirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) die Verantwortung für die Energiewende in Bayern auf den Bund übertragen. „Nach den vielen Gesprächen mit Initiativen und Verbänden schiebt Aigner die Verantwortung einfach an den Bund ab“, sagt die SPD-Landtagsabgeordnete Natascha Köhnen. „Regieren sieht anders aus.“ Der Grünen-Abgeordnete Martin Stümpfig spricht von „herber Enttäuschung“. Das Heft des Handelns liege „nun mehr denn je beim Bund“. Und der Freie-Wähler-Abgeordnete Thorsten Glauber mutmaßt, dass „am Ende Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel den Sündenbock für die verfehlte Energiepolitik der Staatsregierung geben muss“.

Tatsächlich ist das Ergebnis des Energiedialogs dürftig und vage. Vor allem wenn man als Messlatte anlegt, dass die drei Monate andauernde Gesprächsserie mit allen möglichen Wirtschaftsvertretern, Umweltverbänden, Experten und Wissenschaftlern, aber auch Bürgerinitiativen die Energiewende im Freistaat neu konzipieren sollte. Noch in der vergangenen Woche mahnte Seehofer, der Atomausstieg sei eine „Generationsentscheidung“, die an die Mehrheitshfähigkeit der CSU rühre. Gehe sie schief, so Seehofer, könne das die CSU „so durchtrübeln, dass ist die Mehrheit weg ist und zwar nachhaltig“.

Und nun das: Aus der zentralen Frage, ob Bayern zwei neue Stromautobahnen von Norddeutschland her braucht, hält sich Aigner einfach heraus. Nur ganz verklausuliert hat sie klar gemacht, dass sie zumindest eine, den sogenannten Suedlink vom norddeutschen Wilster in die Region Schweinfurt, für unverzichtbar hält. „Zwei neue Trassen werden für Bayerns Versorgung nicht gebraucht“, sagte Aigner. Viele Teilnehmer deuteten das so, dass man eine Trasse, eben den Suedlink, ganz sicher brauche. Aber auch die Verantwortung für diese Trasse übertrug Aigner auf

### Für neue Gaskraftwerke gibt es weit und breit keinen Investor

den Bund. „Die Frage, in welchem Maße Netzausbau notwendig ist, hängt davon ab, ob die Marktbedingungen für den wirtschaftlichen Betrieb und den Bau von Gaskraftwerken angepasst werden“, erklärte sie. Oberstes Kriterium sei, dass es „für die Bürger und vor allem die Wirtschaft zu keine Strompreissteigerungen kommt“.

Auch sonst sagte Aigner nichts, was nicht schon bekannt war. Sie will neue Akzente beim Energieeinsparen setzen, die Möglichkeiten seien längst nicht ausgereizt. Außerdem will sie verstärkt auf Kraft-Wärme-Kopplung setzen, auf kleine Wärmeanlagen, die bei Bedarf auch Strom produzieren können. Und natürlich hält sie an den Zielen der Staatsregierung für den Aus-

bau der erneuerbaren Energien fest. Die Hälfte des Stromverbrauchs in Bayern, gut 40 Milliarden Kilowattstunden Strom also, soll 2022 aus erneuerbaren Energien stammen. Für die andere Hälfte gibt es nur drei Möglichkeiten: den Import über die heftig umstrittenen Stromautobahnen, den Suedlink und die Gleichstrompassage Süd-Ost. Den Bau von zwei bis drei großen Gaskraftwerken. Oder eine Kombination aus beidem. Was ihr Favorit ist, sagte Aigner eben nur in Andeutungen.

Damit dürfte die Debatte über Gaskraftwerke neu aufbrechen. Die Chancen für ihre Verwirklichung haben sich freilich um keinen Deut verbessert. Schon der frühere Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) hatte 2011 in seinem Konzept „Energie Innovativ“ den Bedarf auf fünf 800-Megawatt-Anlagen hochgerechnet. Aber bereits damals war Gaskraft unrentabel. Strom aus Wind, Sonne, Kohle und Atom war so günstig, dass kein Energieversorger in Gaskraft investieren wollte. Vor allem Strom aus Sonne und Wind haben sich weiter verbilligt.

Der Stromkonzern Eon und Stadtwerke wie N-Ergie aus Nürnberg waren deshalb vor zwei Jahren drauf und dran, ihre Anlagen Irsching 4 und Irsching 5 vom Netz zu nehmen. Der Grund: Die hochmodernen Turbinen, die zu den effizientesten weltweit zählen, waren kaum am Netz. Insider berichteten, dass sie auf keine 2000 Betriebsstunden im Jahr kämen. Das Minimum für eine schwarze Null sind 4000 Stunden. Die Stromversorger motteten die Anlagen nur deshalb nicht ein, weil die

Bundesnetzagentur sie für eine sichere Stromversorgung braucht. Eon und Co. bekommen nun hohe Vergütungen dafür, dass die Turbinen am Netz bleiben.

Und in neue Gaskraftwerke gibt es weit und breit keinen Investor. Die österreichische OMV etwa. Sie will seit Jahren in Haiming (Landkreis Altötting) eine 850-Megawatt-Anlage hinstellen. Die Genehmigungen hat sie längst. Von einem Baubeginn ist aber nicht die Rede. Auch bei den Stadtwerken Ulm/Neu-Ulm nicht. Sie planen in Leipzig sogar ein 1250-Megawatt-Gaskraftwerk. „Unsere Entscheidung über den Bau hängt aber ganz davon ab, ob der Bund die Rahmenbedingungen schafft, dass es sich rechnet“, sagt ein Sprecher.

Denn das ist die Crux der Gaskraft. Ohne millionenschwere Förderung lohnt sie sich nicht, ob die Zuschüsse nun Kapazitätsmechanismen heißen oder Marktprämie. So sehr Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) eine solche Förderung fordert, so massiv lehnen Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD), Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und die Wirtschaft sie ab. Die Gegner der Stromautobahnen erwarten jetzt, dass Seehofer sich durchsetzt. „Denn“, so sagt Hubert Galozy vom Bündnis gegen die Süd-Ost-Passage, „der Energiedialog zeigt klar: Wir brauchen die Stromautobahnen nicht“. Seehofer erklärt nur, man werde sich nun zusammensetzen und das Vorgehen überlegen. „Mehr sage ich, bevor die Ilse nicht mit mir gesprochen hat, über die Ergebnisse und ihre Bewertung öffentlich nicht.“ > **Kommentar**